

## Elternbrief an die Politik

Sehr geehrte Frau Abgeordnete, sehr geehrter Herr Abgeordneter,

die Situation der Kinder- und Jugendärztinnen und -ärzte sowie die medizinische Versorgung meines Kindes bereiten mir große Sorge. Schon jetzt ist in vielen Regionen die Versorgung von Kindern und Jugendlichen nicht mehr sichergestellt.

- Eltern von Neugeborenen, aber auch diejenigen, die wegen eines Umzuges eine neue Kinder- und Jugendärztin bzw. einen neuen Kinder- und Jugendarzt suchen, haben immer größere Schwierigkeiten, eine Praxis für ihr Kind zu finden.
- Eltern müssen lange auf Termine für Vorsorgeuntersuchungen und Impfungen warten.
- Kinder- und Jugendärztinnen und -ärzte stehen ob der vielen Patientinnen und Patienten unter enormem Zeitdruck.
- Medizinische Fachangestellte sind so überlastet, dass sie krankheitsbedingt ausfallen oder sich eine andere Beschäftigung suchen.

In den nächsten Jahren werden 25 Prozent der Kinder- und Jugendärztinnen und -ärzte in den Ruhestand gehen. Wir müssen befürchten, dass kaum junge Ärztinnen und Ärzte bereit sein dürften, unter diesen Bedingungen eine Praxis zu eröffnen. Die Lage wird sich weiter verschlechtern und zwar deutlich.

Die Kinder- und Jugendärztin bzw. den Kinder- und Jugendarzt mit dem gewohnten über lange Jahre gewachsenen Vertrauensverhältnis wird es nicht mehr geben. Stattdessen werden wir Eltern gezwungen sein, mit dem Kind ins Krankenhaus zu fahren oder wir müssen mit extrem langen Wartezeiten rechnen.

Bitte stellen Sie jetzt die Weichen, um die Versorgung zu erhalten. Regeln Sie eine faire und auskömmliche Finanzierung der Praxen. Sorgen Sie für eine leistungsgerechte Bezahlung der Medizinischen Fachangestellten. Überfordern Sie die Praxisteams nicht weiter mit bürokratischen Vorgaben und teurer und unausgereifter Technik. Fördern Sie den medizinischen Nachwuchs und sorgen Sie dafür, dass mehr junge Medizinerinnen und Mediziner das Wagnis Niederlassung eingehen.

Mit freundlichen Grüßen

### **Zum Hintergrund:**

- Seit mehr als 10 Jahren erhalten Kinder- und Jugendärztinnen und -ärzte keinen Ausgleich für die allgemeine Lohnkostenentwicklung. Während ihre Angestellten – ganz zu Recht und verdienftermaßen – höhere Gehälter bekommen, bleiben diese Kosten bei den Kostenverhandlungen mit den Krankenkassen unberücksichtigt – Kinder- und Jugendärztinnen und -ärzte müssen sie daher aus der eigenen Tasche zahlen.
- Von der Politik werden den Ärztinnen und Ärzten gleichzeitig immer neue Bürokratievorgaben aufgezwungen. Dazu kommt die Vorgabe, technisch nicht ausgereifte Produkte wie das E-Rezept und die elektronische Patientenakte (ePA) zu großen Teilen auf eigene Kosten, einführen zu müssen. Beides kostet nicht nur Kraft und Geld, sondern nimmt uns auch wertvolle Zeit, die die Kinder- und Jugendärztinnen und -ärzte sowie die Medizinischen Fachangestellten eigentlich für die Behandlung von Kindern und Jugendlichen aufwenden sollten.
- Alle sind wir natürlich derzeit von den Folgen der Energiekostenexplosion und Inflation betroffen – anders als ein Ladengeschäft können Praxen jedoch nicht einfach die Preise für medizinische Leistungen erhöhen, sondern bleiben auch hier auf den Kosten sitzen.
- Von der Regierung wird jetzt ein Gesetz (GKV-Finanzstabilisierungsgesetz) erlassen werden, demzufolge Ärztinnen und Ärzte für neue Patientinnen und Patienten nicht mehr die volle Leistung erhalten werden, sondern diese unter eine Budgetierung fallen. Das kann zum Beispiel bedeuten, dass die Ärztin bzw. der Arzt weniger als 60 Prozent der erbrachten Leistung bezahlt bekommt.